

Oberschlesische Zeitung

Sonntagnummer 60000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einselnummer 50000 M

Erhalten verlaglos. Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatl. 485000 M. Ausgabe B ohne illustrierte Beilage monatl. 475000 M. Einzelheftgebühren: Sotzialheften: Die

Reaktions-Zentrum
Deutchen 459

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Zentrum
Deutchen 56

10spaltige Millimeterzelle oder deren Raum 40000 M. Oberflächen: 50000 M. Außerhalb Oberfl. 60000 M. Restzelle mit 150 000 M. Redaktion und Geschäftsstelle Deutchen O.-S., Bielefelderstraße 9.

Griechenland ruft den Völkerbund um Vermittelung an.

Neueste Nachrichten.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend den Kurs für die Einlösung der Ausfuhrerte in Gold, sowie eine Bekanntmachung zu dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe, ferner eine weitere Verordnung über die Währungsreform und die Besondere über die Besatzstrafen der Angestelltenversicherung und der Lohnstrafen in der Sozialversicherung.

Wie die Verfassungskammer mitteilt, ist auf Grund der sieben veröffentlichten Reichssteuererlösinde der Vergütung auf 1 300 000 festgelegt worden.

Vom 1. bis 7. 9. einschließlich beträgt das Goldagioausgeld 120 019 900 Prozent.

Der Umrechnungsfuß für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt vom 1. bis 7. 9. 23 einschließlich 1 290 000 für je eine Goldmark.

Der neue Reichspostminister Dr. Hoffe hat heute die Leitung des Post- und Telegraphenwesens übernommen.

Der Reichsanzeiger wird nun, der D. N. R. zufolge, das den angelegten Besuch in Stuttgart am kommenden Sonntag den 2. September ausführen.

Nach einer Meldung der Pommerschen Zeitung aus Dresden ist es in Pommern zu Zusammenstößen zwischen Erwerbslosen und der Polizei gekommen. Hierbei wurden vier Polizisten durch Steinwürfe schwer verletzt. Die Mische wurde schließlich wiederbegeleitet.

Wie die Wäcker melden, gingen gestern über ganz Frankreich heftige Stürme dahin, die an der Küste besonders heftig waren und überall Schäden anrichteten. Ein französischer Straßendampfer habe telegraphisch um Hilfe gebeten. Es wird berichtet, daß ihn keine Mannschaft auf Rettungsbooten habe verlassen müssen. Ein an Ort und Stelle eingetroffenes englisches Schiff fand den Dampfer nicht mehr vor.

Die Königin von Rumänien trifft heute in Paris ein. Sie kehrt morgen abend nach Bukarest zurück.

Gestern abend trat der französische Volkshörer beim Wattan, Sonntag, zurück.

Was man bei Reisen ins Ausland mitnehmen darf.

Berlin, 30. August. Vom 1. September ab ist der Höchstbetrag für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Auslande auf 500 M. mit dem jeweiligen Goldaustausch festgelegt. Nach dem gegenwärtigen Goldaustausch vom 1. bis 7. September 129 019 900 Prozent - beträgt hier nach die freie Mitnahme 945 100 000.

Ein Tropfen auf einen heißen Stein bei so großer Not.

Zur Linderung besonderer Notstände bei Religionsgesellschaften, die Körperkassen des öffentlichen Rechts sind, stellte das Reich neuerdings Mittel in Höhe von 375 Millionen M. zur Verfügung, deren sofortige Ueberweisung vom Reichsminister des Innern veranlaßt wurde. Die Gelder werden teils und unmittelbar an die kirchlichen Zentralen, teils an die Länder zur Weiterverteilung zu überweisen werden. Ein Fonds in Höhe von 10 Prozent verbleibt zur Veräußerung bei besonderen Fällen zur Verfügung des Reichsministers des Innern. Anträge um Zuweisung aus dem Reservefonds werden zweckmäßig durch die Hand der obersten kirchlichen Behörde geleitet.

London, 30. August. Aus Athen wird gemeldet, daß der griechische Ministerpräsident Gonatas in einer Unterredung die Ansicht äußerte, die Wähler könnten nur Albanier sein und er glaube nicht, daß dieser Zwischenfall die guten Beziehungen zwischen Griechenland und Italien zu beeinträchtigen geeignet sei. Nach einer weiteren Meldung aus der griechischen Hauptstadt ist die griechische Regierung fest entschlossen, sich erniedrigende Einleitbedingungen von Italien nicht bieten zu lassen und zur Beilegung des Konfliktes den Völkerbund anzurufen.

Italien will Korsu besetzen.

Mailand, 30. August. Der „Secolo“ meldet, daß die italienische Flotte in Tarent Befehl zur sofortigen Mobilisierung erhalten hat. Hoch Kriegsschiffe sind bereits in voller Anzahl dem Häuflein abgegangen. Sollte Griechenland nicht innerhalb der nächsten fünf - man spricht von 48 Stunden - antworten, so werde Italien vorgehen. Nach dem genannten Blatt ist in diesem Fall die Besetzung einer Insel oder griechischen Gebiets zu gegenwärtigen. Nach der „Epoca“ sind ferner ein Infanterieregiment im Hafen von Tarent sowie Sanitätsstruppen und Karabinierabteilungen zur Einrückung bereitgestellt worden. Es dürften keine Nachrichten über Truppen- und Schiffsbewegungen veröffentlicht werden. Berlin, 31. August. Wie die Pommersche Zeitung aus Rom meldet, hat der italienische Gesandte in Athen seiner Regierung mitgeteilt, daß Griechenland die Note Mussolinis in der Form, wie sie in Athen überreicht wurde, nicht annehmen werde. Nach einer Meldung der römischen „Tribuna“ aus Athen wird Griechenland sich in seiner Antwortnote zur Annahme einiger Punkte bereit erklären, über andere Punkte will es diskutieren. Griechenland wird aber diejenigen Forderungen zurückweisen, die die Souveränität des Landes verletzen. Sollte tatsächlich die griechische Antwort eine glatte Annahme der italienischen Forderungen nicht darstellen, so würden, wie die Pommersche Zeitung meldet, italienische Maßnahmen in Kraft treten, die in der Besetzung einiger griechischer Inseln, darunter auch von Korsu, bestehen würden.

Kriegserklärung zwischen Rechts und Links in Pommern.

Stettin, 30. August. Auf den kirchlich veröffentlichten Aufruf des pommerschen Landvolkes und der Deutschnationalen antwortete heute der Bezirksvorsitzende der D. N. R., des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Allgemeinen Beamtenbundes und des Bezirks-Sekretariats des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Pommerns mit einem Aufruf an die Parteien und Gewerkschaften, Genossen, Arbeiter und Angestellten, in dem es u. a. heißt: Die deutschnationalen Junker und Landwirte Pommerns enthalten ihre wahren Ziele. Die Gefahr eines

Rechtsputches ist in die Nähe gerückt. Die Deutschnationalen und die Landwirte werden dem arbeitenden Volke den Festschluß zu machen. Wir nehmen ihn an. Die oben genannten Organisationen fordern die Reichsregierung auf, gegen die Putschisten sofort energisch vorzugehen. Sie stellen sich hinter die Regierung, wenn sie den rücksichtslosen Abwehrkampf aufnimmt. Parteien und Berufsorganisationen! Schließt die Reihen, seit dem Dringensmoment in Bereitschaft, ruft nach Kampfe gegen die absolute Gewalt, für die Demokratisierung des Volkes.

Die Notendrucker wollen wieder streiken.

Berlin, 30. August. Am Donnerstag nachmittag fand eine bis in die späten Abendstunden dauernde Versammlung der Funktionäre des graphischen Gewerks und der Notendrucker der Privat-Druckerei statt, außerdem waren Vertreter der Buch- und Stein-drucker sowie Hilfsarbeiter geladen. Die Verhandlung nahm einen sehr erregten Verlauf. Zahlreiche Teilnehmer verlangten, daß der Streik bereits für Sonnabend beschlossen würde. Die Organisationsvertreter konnten nur mit Mühe einen Beschluß durchsetzen, wo-

nach eine von der Versammlung gewählte Kommission sich mit den Spitzen-Organisationen (A. u. D. G. B.) in Verbindung setzen soll und daß, falls ein letzter Einigungsversuch scheitern sollte, der Beginn des Streiks der Notendrucker und Angestellten der Reichsbank beschlossen werden soll. Am Freitag tritt bereits der Hauptvorstand des Abandes zusammen, um zu dem Beschluß der Notendrucker Stellung zu nehmen. Reichsamtpräsident Dabeneau verhält sich gegenüber den Verhandlungen nach wie vor ablehnend.

Zeigner kriecht zu Kreuze.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Dresden, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Weis, und eine an leitender Stelle im Reichsverband Weis, heute in Dresden weilen zum Zweck einer Konferenz mit dem kaiserlichen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Man habe dem Blatte zufolge Dr. Zeigner nicht im Zweifel darüber gelassen, daß der kommunistische Kurs in Sachen aufhören müsse, da eine entsprechende Arbeit der sozialdemokratischen Minister im Reich dadurch unmöglich gemacht werde. Dr. Zeigner hat daraufhin bindende Erklärungen abgegeben, daß in Sachen eine Änderung eintreten werde.

Konflikt im Bankgewerbe.

Berlin, 30. August. Wie der Allg. Verband der Deutschen Bankanstalten mitteilt, sind die Verhandlungen im Bankgewerbe abgelehrt. Sämtliche Arbeitnehmerorganisationen lehnten die Vorschläge der Arbeitgeber ab.

Rassia auf Devisenhändler.

Berlin, 30. August. Heute wurde von zahlreichen Beamten des Polizeipräsidiums in der Grenzdienstache eine umfangreiche Suche nach Devisenhändlern vorgenommen. Im Ganzen wurden 692 Personen verhaftet, wovon 52 in Haft behalten wurden. Eine größere Menge Devisen wurde beschlagnahmt.

Der deutsche Beamtenbund ist mit der Lösung der Gehaltszahlung einverstanden.

Der deutsche Beamtenbund beschäftigte sich in seiner Sitzung mit der Frage der Vorauszahlung der Beamteneinkünfte. Getragen von dem Willen, jede Abgiffbarkeit zu ergreifen, des Reiches zu erleichtern, wird den Vätern zufolge der Deutsche Beamtenbund in den kommenden Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium bereit sein, eine Lösung zu finden, die den Grundfragen vernünftiger Finanzpolitik entspricht.

Ein deutschnationales „Kampfprogramm“.

Die deutschnationalen Blätter veröffentlichen heute eine Entschließung, die die Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei anläßlich einer Aussprache über die politische Lage im Reichstage am 28. August nach Vorträgen der Abgeordneten Hergt, Dr. Helfferich, Schiele und Dr. Weigert gefaßt haben. Das umfangreiche Schriftstück wird von der „Deutschen Zeitung“ unter folgenden Unterschriften veröffentlicht: „Das nationale Kampfprogramm. Einsetzung einer Diktatur durch das Deutsche Volk!“ In dieser Entschließung - die auch von der „Kreuz-Zeitung“ als Programm gewertet wird - werden u. a. folgende Folgerungen eingeleitet:

1. Fortführung des verstärkten Widerstandes an Rhein und Ruhr.
2. Vergeltungsmaßnahmen gegen die „vom Feinde“ auf deutschem Boden verübten Gewalttaten, Ausweisung der französischen und belgischen Mitglieder der Entente-Kommissionen.
3. Einstellung aller Vertragsleistungen. Wiederherstellung des Volkes.
4. Abbau der Schuldenlast.
5. Ungehörigste Nachvollkommenheit einer vom Druck der Straße, der Parteien und Partei-Koalitionen unabhängigen Reichsstaats. Bei Verweigerung solcher Vollmachten durch das Parlament Berufung des Volksentscheides.
6. Selbstbehauptung der „ordnungsliebenden und wirklich arbeitenden“ Bevölkerung.
7. Nachprüfung der Steuererlasse, um „ihre bedrückendsten Auswirkungen“ zu verhindern.
8. Ausschaltung des „verleuernden Zwischen- und Kettenhandels“.
9. Schaffung eines real fundierten Geldes.
10. Aufhebung aller die Wirtschaft hemmenden Beschränkungen.
11. Maßnahmen zur produktiven Beschäftigung der Erwerbslosen.
12. Verbindung der Zuwanderung fremdländiger, insbesondere ostjüdischer Elemente.

Zu diesem Programm bemerkt die „Deutsche Zeitung“: „So hoffen wir nur, daß die Fäden der Deutschnationalen jederzeit im Einklang stehen werden mit ihren Programmwörtern. Die Zeit für Kompromisse gegenwärtigen Art muß für immer vorüber sein.“

An der „Deutschen Tageszeitung“ wird darauf hingewiesen, daß es sich um ein demütig auf die brennendsten Augenblicke abgefaßtes Aktionsprogramm handle, das deshalb nur Punkte enthalte, die gerade in den letzten Wochen ganz besonders dringlich erheine; damit solle es offensichtlich als Raum für eine besondere Behandlung weiterer Einzelfragen, beispielsweise des Arbeits-, Lohn- und Gehaltsproblems. Weiter heißt es dann: „Daß die klare Abgabe der Partei an die neue Koalitionserregung, die schon die Erläuterung des Abgeordneten Hergt im Reichstage begründete, in diesem Programm scharf unterstrichen wird, stand nach der Stimmung weiter treuherzigere Kreise im Lande, zu erwarten; und es darf nicht verhehelt werden, daß diese Stimmung gerade auch in landwirtschaftlichen Kreisen außerordentlich stark ist.“

Das Programm für Poincares Sonntagsgreden.

Paris, 30. August. Nach den Morgenblättern wird Poincare am 9. September zur Einsetzung von Kriegserdenmätern nach Danzabailers und Sudanville sich begeben. Am 16. 9. wird er sich zur Einsetzung eines Kriegserdenmätern nach Dun bei Weuße begeben.